



Interessengemeinschaft
Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein

Medieninformation

Entscheidung des Regierungspräsidiums

IG BOHR: Alles läuft auf Baden 21 zu

19. Januar 2011

FREIBURG. Die Entscheidung des Regierungspräsidiums Freiburg, die Pläne der Deutschen Bahn AG für das dritte und vierte Gleis in Offenburg zu stoppen, wird nach Ansicht der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hoch-Rhein (IG BOHR) Konsequenzen für die gesamte Planung entlang der Rheintalstrecke haben: „Die Zurückweisung wird ihren Niederschlag in den anderen Planungsabschnitten finden müssen“, betont Roland Diehl, Vorsitzender der Bürgerinitiative MUT und Sprecher der IG BOHR. Zugleich sei die Entscheidung des Regierungspräsidiums ein großer Erfolg für die Bürgerinitiativen. Die Strategie, entlang der gesamten Ausbaustrecke ein Bündnis zwischen Bürgern, Kommunen und der Politik zu organisieren, sei mit dieser eindeutigen Entscheidung ebenfalls bestätigt worden.

Auch inhaltlich sieht sich die IG BOHR in ihren Positionen durch die Entscheidung bestärkt. Das Regierungspräsidium habe alle Mängel aufgelistet, auf die die Bürgerinitiativen schon seit langer Zeit aufmerksam gemacht haben. Dazu gehörten an erster Stelle die Anforderungen an einen angemessenen Lärmschutz, der die Lebensqualität der betroffenen Menschen sowie die Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen berücksichtigt. Die IG BOHR stimmt daher der Einschätzung des Regierungspräsidiums zu, dass es berechtigte Zweifel daran gibt, dass gerade im Falle Offenburgs Nachbesserungen zur Planfeststellungsfähigkeit der bisher geplanten Trassenführung führen werden.

Für IG BOHR-Sprecher Roland Diehl gibt es daher nur eine Schlussfolgerung: Die Ablehnung der Offenburger Planung müsse der Einstieg in die Umsetzung von Baden 21 sein, damit so schnell wie möglich mit der Realisierung eines menschenverträglichen, umweltgerechten und zukunftstauglichen Ausbaus der Rheintalstrecke begonnen werden könne. Dazu gehöre, dass der nun unvermeidliche Offenburger Tunnel so gebaut werden müsse, dass sein Südportal an die A5 anschlieÙt, um die Gütertrasse entlang der A5 bis Riegel zu führen, wo sie in die autobahnparallele Trasse bis Mengen/Munzingen übergeht. So könnten auch die Kommunen Lahr, Mahlberg, Ringsheim, Herbolzheim und Kenzingen wie Offenburg vor durchfahrenden Güterzügen geschützt werden. Brennpunkte sind weiterhin die Bürgertrasse im Nördlichen Markgräflerland und die Forderung, alle Güterzüge durch den Katzenbergtunnel zu führen. „Zwischen Tiengen und Buggingen geht an der teilgedeckelten Tief-lage der Güterbahntrasse kein Weg vorbei“, ist sich der MUT-Vorsitzende sicher.

Diehl warnte die DB Projektbau auch, die die Entscheidung des Regierungspräsidiums herunterzuspielen: „Nach der Ablehnung der Pläne bei Buggingen im Markgräflerland ist das bereits die zweite Rüge für die Bahnplaner.“ Die Bahn wäre daher gut beraten, dass sie bei der nächsten Sitzung des Projektbeirats am 8. Februar klar zu erkennen gibt, nicht mehr mit der bisherigen Art und Weise der Planung weiterzumachen.

Kontakt:

Dr. Roland Diehl

IG BOHR-Sprecher und

Vorsitzender der BI MUT

Burgstr. 4

78258 Hartheim

Tel. 07633 14362 Fax 07633 405409

vorstand@mut-im-netz.de

Lesen Sie die [Presseschau](#) dazu!